

Wie krisenfest ist ein System unter Spardruck?

Auf dem DKG-Zukunftsforum Krankenhaus diskutierten Akteure des Krankenhauswesens mit Politikerinnen und Politikern über Resilienz vor dem Hintergrund der Sparpolitik des Bundes

Kalter Strukturwandel, gravierende Versorgungslücken, mangelnde Krisenresilienz: Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) befürchtet als Folge des geplanten Sparpakets von Bundesgesundheitsministerin **Nina Warken** (CDU) zur Stabilisierung der GKV-Finanzen.

Deshalb hat die DKG auf ihrem Zukunftsforum Krankenhaus am 21. Mai in Berlin die Frage in den Mittelpunkt gestellt, wie resilient und krisenfest ein Gesundheitssystem unter massivem wirtschaftlichem Druck überhaupt noch sein kann. Dabei wurde deutlich: Unter den aktuellen politischen und wirtschaft-

lichen Rahmenbedingungen werden die deutschen Krankenhäuser nicht in der Lage sein, sich ausreichend resilient und krisenfest aufzustellen.

„Die massiven Einschnitte, die die Bundesregierung mit ihrem aktuellen Sparpaket vorantreibt, nehmen den Krankenhäusern jeden Handlungsspielraum, um sich mit Zukunfts- und Sicherheitsfragen auseinanderzusetzen“, erklärte **Dr. Gerald Gaß**: Bereits heute arbeiteten ein Großteil der Krankenhäuser defizitär. Die zusätzlich vorgesehenen Kürzungen in Höhe von knapp 30 Mrd. € bis zum Jahr 2030 sowie die laufende Krankenhaus-



Im Streitgespräch zum Thema „Sparmaßnahmen und ihre Wirkung – zu welchem Ziel führt dieser Weg?“, Moderatorin Lisa Braun, Herausgeberin der Presseagentur Gesundheit (pag), Oliver Blatt, Vorstandsvorsitzender GKV-Spitzenverband, Dr. Tanja Machalet, Vorsitzende Ausschuss für Gesundheit im Deutschen Bundestag, Simone Borchardt, Gesundheitspolitische Sprecherin CDU/CSU-Fraktion und Dr. Gerald Gaß, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krankenhausgesellschaft.



reform werden weitere Häuser in die wirtschaftliche Schieflage und in Insolvenzen treiben, prophezeite der der Vorstandsvorsitzende der DKG und verwies auf Zahlen des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) und des Institute for Health Care Business (hcb). Gutachten beider Institute hat ergeben, dass allein für die notwendige Cybersicherheit der Krankenhäuser Investitionen von mehr als 2,8 Mrd. € erforderlich wären. Um Krankenhäuser auf Verteidigungs- und Krisenlagen vorzubereiten, wären über Jahre hinweg sogar Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe notwendig.

Selbst die Krankenhäuser, die unter diesen Bedingungen überleben, würden gezwungen sein, sich ausschließlich auf das unmittelbare Kerngeschäft der medizinischen Versorgung im Regelbetrieb zu konzentrieren. Es fehle den Geschäftsführungen ebenso wie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Zeit, Personal und finanziellen Ressourcen, um sich mit zentralen Fragen der Krisenvorsorge zu befassen. Tatsächlich sind die Krankenhäuser weder auf Cyberangriffe noch auf mögliche militärische Krisenszenarien ausreichend vorbereitet.

DKG-Chef Gaß forderte nachdrücklich zusätzliche Mittel für die Krisenvorsorge. „Wer einerseits davon spricht, Deutschland krisenfest machen zu wollen, andererseits aber der kritischen Infrastruktur Krankenhaus systematisch Mittel entzieht, handelt widersprüchlich und täuscht die Bürgerinnen und Bürger über den tatsächlichen Zustand der Krisenfestigkeit der Gesundheitsversorgung und der Krisenvorbereitung in Deutschland.“

Simone Borchardt, gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, zeigte sich sicher, dass es im parlamentarischen Verfahren zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz noch zu deutlichen Nachbesserungen kommen wird. Sie plädierte dafür, die Reformen zur Chefsache zu machen. „Für mich gehören Gesundheit und Pflege ins Bundeskanzleramt.“

Oliver Blatt, Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes, betonte die Notwendigkeit zu einer Reform. Die GKV stehe vor einem „großen Finanzproblem“. Blatt erinnerte auch an die Querfinanzierung von Investitionen von Krankenhäusern aus den Betriebsmitteln – und so letztlich aus den Beiträgen der Versicherten. Hier seien die Länder in der Pflicht, nicht die GKV.

„Die trügerische Ruhe vor dem Sturm“ war der Titel des Impulsvortrags von **Jens Thomsen**, Die im Entwurf des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes vorgesehenen Einsparungen im Krankenhausbereich von rund 5 Mrd. € können die Krankenhäuser derzeit kaum verkraften, so der Geschäftsführender Partner Solidaris Revisions GmbH. Das belege der aktuelle Solidaris Krankenhausbetriebsvergleich 2026, der auf der Datenbasis von 126 geprüften Jahresabschlüssen kommunaler und freigemeinnütziger Krankenhäuser erstellt wurde. Bei einem demnach zu erwartenden operativen Fehlbetrag von durchschnittlich -3,3 Mio. € (-2,7 % Umsatzrendite) für 2027 seien die geplanten Einsparungen durch das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz sind – bei defizitärer Ergebnissituation der kommunalen und freigemeinnützigen Krankenhäuser – nicht bzw. kaum umsetzbar. „Das kann und wird nicht funktionie-

ren. Die Krankenhäuser brauchen für den Transformationsprozess endlich Planungssicherheit und Zeit“, fordert Thomsen. Die Sonderanalyse der Solidaris erscheint in Kürze im Krankenhaus Rating Report 2026.

Was steht auf dem Spiel?

Vor dem Hintergrund der Sparpolitik wurde in den Vorträgen und Podiumsdiskussionen die Frage diskutiert: „Wie krisenfest ist ein System, das gerade aktiv geschwächt wird?“

Der Vortrag von **Roy J. Noack**, Geschäftsführer Immanuel-Krankenhaus GmbH, erinnerte an den Blackout Anfang 2026 in Berlin und berichtete, wie seine Klinik die Krise bewältigen konnte. So wurde noch einmal deutlich: Berlin hat in den letzten Jahren gelernt, was eine Krise im Krankenhaus bedeutet: Stromausfall im Südosten der Stadt, Hackerangriffe, Corona, Ukrainekrieg.

„Und jetzt? Das Thema Resilienz ist offenbar abgesagt. Der Referentenentwurf zum GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz vom 16. April streicht all das wieder – durch schlichte Nicht-Refinanzierung“, sagt **Dr. Johannes Danckert**, Vorsitzender der Geschäftsführung Vivantes. Der kommunale Krankenhausbetreiber in Berlin muss ab 2027 wohl mit 69 Mio. € jährlich weniger auskommen. Das Jahresergebnis fiel dann wieder auf minus 178 Mio. €. „Unsere Sanierungsziele wären obsolet“, so Danckert. Man müsse kein Ökonom sein, um zu verstehen: Wer täglich ums Überleben kämpft, kann keine Krise absichern.“

Der Reformwille der Krankenhäuser werde von der Bundespolitik komplett ignoriert. „Wir verwehren uns aber ganz sicher nicht notwendigen Änderungen zur Stabilisierung der GKV“, so Danckert weiter: „Aber nicht um den Preis, die Krankenhäuser schon vor einer notwendigen Reform zu zerstören.“

Krankenhäuser seien keine Sparmasse, betont der Vivantes-Chef: „Sie sind Infrastruktur – wie Strom, Wasser, Sicherheit. Das sollte auch dann gelten, wenn die Kassenlage angespannt ist.“

Im Rahmen der Diskussion zum Pflegebudget bzw. zum Thema „Personal zwischen Anspruch und Realität – was passiert, wenn Ressourcen weiter schrumpfen?“ warnte **Arne Evers**: „Die Stimmung kippt!“ Der Pflegedirektor St. Josefs-Hospital Wiesbaden GmbH nimmt nicht nur in seinen Häusern eine zunehmende Politikverdrossenheit und Unmut wahr angesichts der aktuellen Entwicklungen. „Die mangelnde Planungssicherheit und Perspektivlosigkeit lähmt alle“, so Evers. Er sieht eine „Gemengelage der schlechten Laune“ in der Klinikbranche.

Sylvia Bühler, Leiterin Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft bei ver.di, forderte erwartungsgemäß, die Tarifsteigerungen voll auszufinanzieren und PPR 2.0 zur Grundlage der Pflegepersonalregelung zu machen. Die Gewerkschafterin wies auf die Demonstration aus Anlass der Gesundheitsministerkonferenz am 10. Juni in Hannover hin, wo unter dem Motto „Auf zum Klinik-Aufstand!“ Beschäftigte aus Krankenhäusern gegen Kürzungen protestieren. *krü* ■